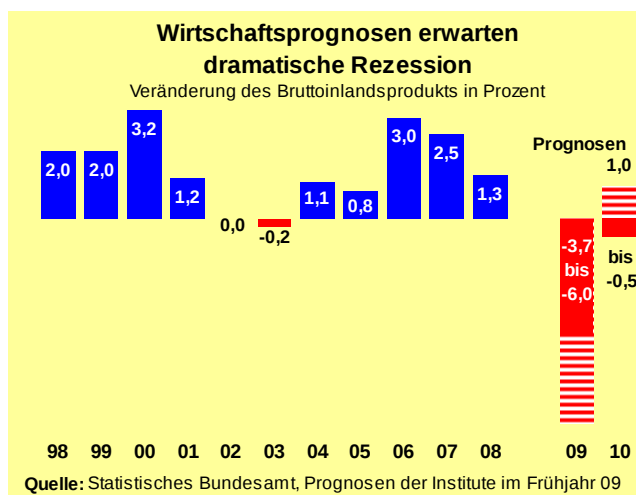


Weltkonjunktur auf Talfahrt Oberste Priorität: Beschäftigung sichern

Die Konjunkturprognosen werden von Tag zu Tag schlechter. Der internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für Deutschland einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,6 Prozent, die deutschen Forschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose sogar um sechs Prozent. Ein schnelles Ende der Krise ist nicht zu erwarten. Nächstes Jahr droht eine Stagnation. Wegen des extremen Abwärtstrends bei den Investitionsgütern und bei den Exporten ist die Metall- und Elektroindustrie besonders hart von der Krise betroffen. Daher steht die Sicherung der Beschäftigung, die Rettung gesunder Unternehmen und die Stabilisierung der Konjunktur für die IG Metall auf Platz 1 der politischen Agenda.

Weltkonjunktur auf Talfahrt

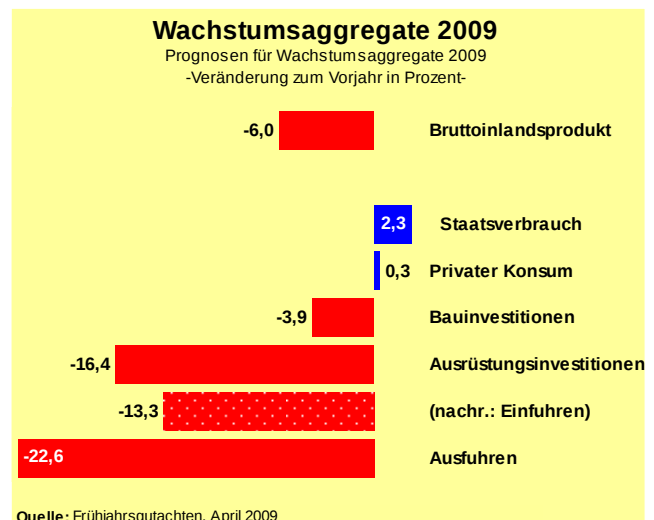
Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen **globalen Rezession**. Die Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet für dieses Jahr einen Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3,3 Prozent. Das wäre der erste Rückgang seit 60 Jahren. Nächstes Jahr soll es nur ein sehr geringes Wachstum von 0,6 Prozent geben. Noch schlimmer trifft es den **internationalen Warenhandel**. Laut Gemeinschaftsdiagnose soll er real um 17 Prozent schrumpfen.



Deutschland im Abwärtssog

Auch für Deutschland werden die Wirtschaftsprognosen immer schlechter. Die Gemeinschaftsdiagnose rechnet in diesem Jahr für Deutschland mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um sechs Prozent. Noch nie waren wir in den vergangenen 80 Jahren mit einer so schweren Wirtschaftskrise konfrontiert. Dabei gehen die Forscher sogar noch von optimistischen Annahmen aus. Nach der Frühjahrsprognose soll der **private Konsum** leicht steigen. Vor allem stabile **Preise** (plus 0,4 Prozent) und ein leichter Rück-

gang der Sparquote sollen diesen Anstieg ermöglichen. Auch der **Staatskonsum** soll durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, das sind die krisenbedingten Mindereinnahmen (zum Beispiel Steuern) und Mehrausgaben (zum Beispiel Kurzarbeitergeld), leicht ansteigen.



Krise des Exportmodells und der Industrie

Dagegen drücken die Investitionen und der Außenhandel das Wachstum stark in den negativen Bereich. Wegen immer schwächer ausgelasteter Kapazitäten werden weltweit viele Investitionsvorhaben der Industrie gestrichen oder verschoben. Wegen der Spezialisierung der deutschen Industrie auf die Produktion von Investitionsgütern trifft uns die Krise sehr hart. So sollen die **Ausrüstungsinvestitionen** im Vergleich zum Vorjahr um über 16 Prozent, die **Exporte** sogar um fast 23 Prozent zurückgehen. Diese Schwäche bei den Investitionen und den Exporten macht diese Krise vor allem zu einer Krise der Industrie. Das trifft auch die M+E-Industrie. Auf der Basis der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose soll die M+E-Produktion in diesem Jahr um 18 Prozent schrumpfen!

Damit sind Hunderttausende von Arbeitsplätzen hoch gefährdet. Der Druck der Unternehmen, Arbeitsplätze abzubauen, wird weiter zunehmen. Die miesen Aussichten werden sie nutzen, nicht nur die Folgen der Krise auf die Beschäftigten abzuwälzen. Gleichzeitig ist abzusehen, dass sie die Arbeitsprozesse weiter rationalisieren werden.

Perspektive 2010

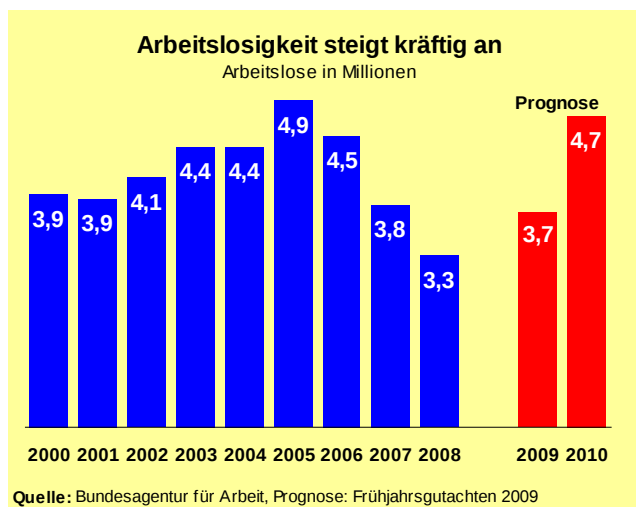
Im Verlauf des Jahres 2010 soll sich die Wirtschaftsleistung wieder etwas stabilisieren. Für das Gesamtjahr allerdings erwarten die Institute noch einen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von 0,5 Prozent. Angesichts des kräftigen Absturzes in diesem Jahr ist das kaum ein Grund zur Entwarnung, denn vor allem die Beschäftigungsrisiken bleiben nach wie vor bestehen. Daher ist es nur plausibel, wenn wir uns für eine längere Zeit „warm anziehen.“

Krise treibt Staatsdefizit hoch

Die Kosten der Krise erreichen die öffentlichen Haushalte. Für 2010 erwarten die Institute ein staatliches Defizit von 132 Milliarden Euro. Das sind 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Es ist richtig und notwendig, dieses Defizit zuzulassen. Die Krisenfinanzierung muss von den Unternehmen und Vermögenden getragen werden. Ein höherer Spitzensteuersatz ist unvermeidlich. Und für Unternehmensteuersenkungen gibt es wahrlich keinen Spielraum.

Mit Kurzarbeit die Beschäftigung sichern

Hundertausendfach schützt Kurzarbeit bislang vor Arbeitslosigkeit. Für 2009 rechnen die Wirtschaftsforscher mit 1,3 Millionen Kurzarbeitern. Zum größten Teil werden das Metaller sein. Kurzarbeit wirkt wie ein Damm. Er muss ausgebaut und stabilisiert werden. Wenn dies nicht gelingt, ist ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermeidlich, in diesem Jahr um 500.000, im nächsten Jahr um eine weitere Million. Im Herbst 2010 dann dürfte die Zahl von fünf Millionen erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit wäre damit wieder auf dem Rekordstand des Jahres 2005.



Es müsste für Unternehmen nach den Boomjahren eigentlich selbstverständlich sein, Beschäftigte zu halten, auch wenn der Wind rauer wird. **Kurzarbeit und Qualifizierung** sind geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente, Beschäftigung temporär abzusichern. Die Vorschläge der IG Metall sind derzeit in der politischen Debatte. Die IG Metall fordert, das Instrument Kurzarbeit offensiv zu nutzen, das Kurzarbeitergeld auf 24 Monate zu verlängern, eine intelligente Verknüpfung der Kurzarbeit mit Weiterbildung und Umschulung, zum Beispiel in sogenannten **Transfergesellschaften**. Um die Produktions- und Beschäftigungsstrukturen zu sichern, ist es notwendig, die Beschäftigung im Herkunftsbetrieb zu erhalten. Dazu sind Rückkehrgarantien erforderlich. Für ältere Arbeitnehmer fordert die IG Metall die weitere **Förderung der Altersteilzeit** sowie eine **Verlängerung des Arbeitslosengeldes**, damit sie nicht in „Hartz IV“ abrutschen.

Unternehmensfinanzierung sicherstellen

Geeignete Instrumente:

- für Investitions- und Auftragsfinanzierung zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung: Bürgschaften und Kredite
- für die Absicherung industrieller Strukturen: Eigenkapital bereitstellen durch öffentliche Beteiligungen (Public Equity)
- für die Finanzierung krisenbedingter personeller Überkapazitäten: Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge von Kurzarbeitern nach 12 Monaten Kurzarbeit (KMU 6 Monate) durch die Arbeitsmarktpolitik

Konjunkturpaket III vorbereiten

Das Konjunkturpaket II ist allenfalls ein zaghafter Versuch, die konjunkturellen Risiken abzufangen. Der Umfang des Pakets reicht nicht aus. Die Konjunkturpakete der Bundesregierung haben den wirtschaftlichen Fall nicht aufhalten, ja nicht einmal entscheidend abfedern können. Die Institute beziffern die Wachstumseffekte des Konjunkturpakets II für dieses Jahr mit 0,5 Prozentpunkten, für nächstes Jahr mit 0,3 Prozentpunkten der Wirtschaftsleistung. Während der IWF ein **Konjunkturprogramm III** einfordert, lehnen die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und die Politik dies schroff ab.

Jetzt ist nicht die Zeit, ideologische Glaubenskriege zu führen. Auch eine Politik des Abwartens ist nicht hilfreich. Die Lage ist ernst. Die Bundesregierung muss „Gas“ geben. Mit den Vorbereitungen für ein drittes Konjunkturprogramm muss jetzt begonnen werden. Bekannterweise setzt die Wirkung erst nach einer gewissen Zeit ein. Die IG Metall hat dazu den Vorschlag eines **Zukunftsinvestitionsprogramms „Arbeit, Bildung, Umwelt“** (Volumen 100 Milliarden Euro) gemacht.